W-03 Arbeit entlasten, Reichtum verpflichten

Gremium:	Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft & Finanzen
Beschlussdatum:	26.09.2026
Tagesordnungspunkt:	W TOP 06 - Starke Wirtschaft, faire Chancen
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Einordnung

Seit den 1970er-Jahren ist die deutsche Wirtschaft stark gewachsen. Während die Produktivität enorm gestiegen ist, haben sich die realen Löhne davon entkoppelt. Der erwirtschaftete Wohlstand ist höchst ungleich verteilt: Ein großer Teil konzentriert sich auf sehr wenige Haushalte, zwei Familien besitzen mehr als die ärmere Bevölkerungshälfte. Deutschland gehört damit zu den Ländern mit der stärksten Vermögenskonzentration in Europa. Das heutige Niveau der Ungleichheit ähnelt wieder der Situation vor dem Ersten Weltkrieg – kein Zufall, sondern Ergebnis wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen.

Vermögenswerte steigen und verstärken Ungleichheit

Seit den 1980er-Jahren sind viele Vermögenswerte im Preis stark gestiegen: Immobilien, Unternehmensanteile, Finanzanlagen. Wer Vermögen besitzt, kann von Renditen, Zinsen und Wertsteigerungen profitieren, die das allgemeine Wirtschaftswachstum weit übersteigen – nicht durch Arbeit, sondern durch steigende Marktwerte.

Menschen in der gesellschaftlichen Mitte, die vor allem von ihrer Arbeit leben, haben diese Möglichkeit meist nicht. Ihre Einkommen steigen langsamer, und für viele ist selbst mit Vollzeitjob ein Vermögensaufbau schwierig. Steigende Mieten, Lebensmittelkosten und Energiepreise fressen den Spielraum auf. Wohlstand beruht also nicht mehr in erster Linie auf Arbeitseinkommen, sondern auf bereits vorhandenem Vermögen.

Vermögen wird niedriger besteuert als Arbeit

Gleichzeitig setzt unser Steuersystem falsche Anreize: Arbeitseinkommen werden hoch und progressiv besteuert – mit Steuersätzen von bis zu 45 % plus Sozialabgaben. Kapital kann sich in Holding-Strukturen deutlich geringer besteuert akkumulieren. Nach jahrelanger Vermehrung kommt bei Ausschüttung dann nur die pauschale Abgeltungssteuer von 25 % zum Tragen, obwohl die Kapitalerträge meist im Bereich höherer Steuersätze liegen. Private Immobilienverkäufe sind nach zehn Jahren steuerfrei, große Vermögen profitieren von Erbschaftsteuerprivilegien. Knapp die Hälfte der Steuereinnahmen stammt aus Lohn- und Mehrwertsteuer, die Erbschaftsteuer macht nur 1 % aus, eine Vermögensteuer gibt es seit 1997 nicht mehr. Diese Schieflage gefährdet sozialen Zusammenhalt, Chancengerechtigkeit und Vertrauen in das Versprechen, dass Leistung zählt. Das ist eine strukturelle Schieflage: Arbeit wird belastet, Reichtum wird geschont.

Die zunehmende Vermögenskonzentration entsteht dabei nicht zufällig, sondern auch durch politische Gestaltung: Vermögende und Unternehmen setzen ihre Interessen mit gezielter Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung durch, während die Zivilgesellschaft über deutlich kleinere Interessensvertretungen verfügt.

Forderungen

Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Dieser umfasst Komponenten vom Mietrecht über Verbraucher*innenschutz bis hin zur Finanzaufsicht. In diesem Antrag fokussieren wir uns auf Vorschläge, die das Netto-Einkommen aus Arbeit anheben und staatliche Leistungen zu einem größeren Teil aus vermögensbezogenen Steuern finanzieren. Hohe Vermögen sollen angemessen beteiligt werden. So stärken wir die Kaufkraft der Mitte, schaffen echte Aufstiegschancen und sichern die Zukunft einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft.

Arbeit entlasten

Wer arbeitet, soll davon gut leben können. Aktuell frisst die Steuer- und Abgabenlast einen spürbaren Teil des Bruttolohns auf, besonders in der Mitte der Einkommensverteilung. Gleichzeitig belastet die Mehrwertsteuer Haushalte mit geringem Einkommen überproportional, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben. Wir schlagen mehrere Maßnahmen vor, die zusammen eine Entlastung im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich jährlich bewirken könnten.

Einkommensteuer und Sozialbeiträge deutlich senken

Die Bundesregierung verschob die Tarifeckwerte der Einkommensteuer zuletzt 2026 um 2 % als Inflationsausgleich. Wir schlagen vor, diesen Schritt deutlich größer zu denken: Eine Verschiebung des Grundfreibetrags bei gleichzeitiger Anhebung höherer Grenzsteuersätze könnte die Steuerlast für gering und durchschnittlich verdienende Arbeitnehmende spürbar senken. Steuersenkungen kommen jedoch einem Teil der Arbeitnehmenden nicht zugute, da ihre Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags liegen. Es braucht deshalb parallel eine Senkung der Sozialabgaben, insbesondere der Krankenkassenbeiträge, um rund 2 Prozentpunkte, um auch diese Gruppe spürbar zu entlasten. Auch Maßnahmen zur gezielten Stärkung von Alleinerziehenden und Familien unterstützen wir ausdrücklich.

Vermögensaufbau fördern

Wer arbeitet, muss die Chance haben, Vermögen aufzubauen. Doch fast die Hälfte der Bürger*innen verfügt über nicht einmal 2.000 Euro an Rücklagen, während große Vermögen kontinuierlich wachsen. Ursache dafür ist auch die Vermögenspreisinflation: Steigende Vermögenspreise erhöhen den Wohlstand derjenigen, die bereits Vermögen besitzen, während der Großteil der Bevölkerung an dieser Entwicklung kaum teilhaben kann. Die direkte Beteiligung an Produktivvermögen kann diesen Effekt wirksam begrenzen.

Wir fordern daher die Einführung eines öffentlichen Bürgerfonds, der allen Bürger*innen einen einfachen Zugang zu den Erträgen des Produktivvermögens ermöglicht. Bürger*innen, die kaum oder keine Ersparnisse aufbauen können, sollen durch aus Steuern finanzierte Fondsanteile beteiligt werden. Ergänzend

wollen wir die Arbeitnehmer-Sparzulage sowie den Sparerpauschbetrag deutlich anheben, um gezielt den Vermögensaufbau von Personen mit kleinen und mittleren Einkommen zu fördern. Zudem wollen wir den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum erleichtern.

Reichtum verpflichten

Der zweite Teil der Forderungen verfolgt das Ziel, Vermögen gleichberechtigter zu besteuern. Die Reform ruht auf drei Säulen: als Hauptsäule vermögensbezogene Steuern, flankiert von einer Reform der Kapitalertragsteuer und abgesichert durch eine stärkere Finanzverwaltung und konsequentere Verfolgung von Steuerkriminalität.

Die Zucman-Tax

Während Menschen mit reinen Lohneinkünften effektiv bis zu 50 % ihres Einkommens als Steuern und Abgaben abführen müssen, zahlen Milliardäre im Durchschnitt lediglich rund 25 %, weil ihr Vermögen in Holdingstrukturen weitgehend unberührt von Steuern akkumulieren und erst selektiv und niedrig besteuert ausgeschüttet wird. Es gibt inzwischen sogar den ersten Billionär der Welt. Solche Vermögensumfänge gehen mit einer Machtkonzentration einher, die einer an Gleichberechtigung orientierten Gesellschaft schadet. Zudem beteiligen sich Vermögende im Vergleich zu wenig an den Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Als Antwort schlagen wir die Einführung einer globalen Mindeststeuer auf sehr hohe Vermögen vor, angelehnt an den Vorschlag des Ökonomen Gabriel Zucman im Auftrag der G20. Das Prinzip ist einfach: Ab einem Nettovermögen in bestimmter Höhe fällt jährlich ein bestimmter Prozentsatz Steuern darauf an, unabhängig davon, in welcher Form das Vermögen gehalten wird. Es gibt keine Ausnahmen für Immobilien- oder Betriebsvermögen, und der tatsächlich gezahlte effektive Steuersatz wird angerechnet. Aufgrund des hohen Freibetrags wären in Deutschland lediglich rund 5.000 Personen betroffen. Die Steuer wird an die Staatsbürgerschaft gekoppelt und wird auch bei vollständiger Auswanderung fällig – eine ähnliche Regelung findet sich bereits heute im Außensteuergesetz.

Der internationale Ursprungsvorschlag sieht einen Satz von 2 % ab einem Vermögen von 100 Millionen Euro vor. Dieser würde das jährliche Vermögenswachstum jedoch kaum berücksichtigen: Extreme Vermögen wachsen im Schnitt um rund 7 % jährlich, sodass eine 2-%-Steuer diesen Anstieg kaum bremst. Wir schlagen daher einen Satz von 5 % auf sehr hohe Vermögen vor. Ab 20 Millionen Euro soll die Besteuerung mit 0,5 % jährlich beginnen und progressiv ansteigen bis zu 5 % ab 100 Millionen Euro. Schätzungen zufolge ergäbe allein ein Satz von 5 % auf Vermögen ab 100 Millionen Euro in Deutschland ein Aufkommen von rund 43 bis 56 Milliarden Euro jährlich.

Eine Reform der Erbschaftsteuer

Die bereits vorgeschlagene Reform schließt mehrere Gerechtigkeitslücken und reduziert insgesamt die Zahl der Steuerzahler*innen durch den Fokus auf große Erbschaften. Zusätzliche Mehreinnahmen könnten vor allem durch eine progressive Ausgestaltung des Steuersatzes entstehen.

Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

Wir fordern die vollständige Integration von Kapitalerträgen in die Einkommensteuer, um die pauschale Abgeltungssteuer von 25 % abzuschaffen. Zinsen, Dividenden und realisierte Kursgewinne sollen dem persönlichen progressiven Steuersatz unterliegen, bei Gewinnausschüttungen unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch das Teileinkünfteverfahren. Da Banken Kapitalerträge automatisch melden, ist dies umsetzbar geworden.

Steuervermeidung beschränken, Steuerkriminalität bekämpfen

Eine gerechte Steuerreform bleibt wirkungslos, wenn große Vermögen und Konzerne ihre Steuerlast weiterhin systematisch umgehen können. Deshalb muss eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen mit einer konsequenteren Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerkriminalität verbunden werden. Schätzungen zufolge entgehen dem Staat jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe durch aggressive Steuervermeidung, Gewinnverschiebung und organisierte Finanzkriminalität. Gleichzeitig untergräbt dies das Vertrauen in die Fairness des Steuersystems: Während Arbeitseinkommen transparent erfasst und besteuert werden, verfügen große internationale Vermögen und Konzerne über zahlreiche Möglichkeiten, ihre tatsächliche Steuerlast künstlich zu senken.

Wie diese Lücken geschlossen werden können, wurde bereits in einem BDK-Beschluss und einem Antrag der Grünen Bundestagsfraktion ausführlich beschrieben. Konkret fordern wir die Eindämmung von Steuergestaltungen bei digitalen Großkonzernen im Einklang mit dem Antrag der Grünen Bundestagsfraktion für eine europäische Digitalsteuer.

Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen

Weitere Steuerlücken sollen geschlossen werden: die Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung und der Steuerfreiheit ab 300 Wohnungen bei der Erbschaftsteuer, die Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im Immobilienbereich ("erweiterte Grundstückskürzung"), die Verhinderung von Steuerumgehung durch "Share Deals", die Abschaffung der Spekulationsfrist im Immobilienbereich sowie ein hartes Vorgehen gegen organisierte Steuerkriminalität wie Cum-Cum und Cum-Ex. Diese Punkte sind im BDK-Beschluss "Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen" ausgeführt, auf den wir hier weiter aufbauen. Auch die derzeitige Steuerfreiheit von Gewinnen aus Krypto-Verkäufen nach einjähriger Haltedauer wollen wir beenden. Insgesamt fordern wir eine konsequente Stärkung der Finanzverwaltung.

Einfache Sprache

Arbeit entlasten, Reichtum verpflichten

Der Antrag in einfacher Sprache

Darum geht es in diesem Antrag: Wer arbeitet, soll mehr vom Lohn behalten und leichter Vermögen aufbauen können. Wer sehr viel Vermögen hat, soll mehr Steuern zahlen.

Die Lage heute

Seit den 1970er-Jahren ist die Wirtschaft in Deutschland stark gewachsen. Die Produktivität ist enorm gestiegen. Das heißt: In einer Stunde Arbeit wird heute viel mehr geschafft als früher.

Die realen Löhne sind aber nicht im gleichen Maß mitgewachsen. „Real“ heißt: Es zählt, was man sich vom Lohn wirklich kaufen kann.

Der Gewinn Wohlstand, der aus der starken Wirtschaft dabei entstanden ist, ist sehr ungleich verteilt. Ein großer Teil gehört sehr wenigen MenschenHaushalten. Zwei Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen.

Deutschland gehört damit zu den Ländern in Europa, in denen sich das Vermögen am stärksten bei wenigen sammelt. Die Ungleichheit ist heute wieder ähnlich groß wie vor dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918). Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis davon, wie Wirtschaft und Politik gestaltet sind.

Vermögenswerte steigen – das verstärkt die Ungleichheit

Seit den 1980er-Jahren sind viele Vermögenswerte stark im Preis gestiegen. Das gilt für:

- Immobilien, also Häuser, Wohnungen und Grundstücke
- Anteile an Unternehmen, zum Beispiel Aktien
- Finanzanlagen, also andere Geldanlagen

Wer Vermögen besitzt, kann davon profitieren: durch Gewinne, Zinsen und Wertsteigerungen. Diese Erträge sind viel höher als das Wachstum der Wirtschaft insgesamt. Sie entstehen nicht durch Arbeit, sondern weil die Werte am Markt steigen.

Menschen in der Mitte der Gesellschaft leben vor allem von ihrer Arbeit. Sie haben diese Möglichkeit meistens nicht. Ihr Einkommen steigt langsamer.

Für viele ist es selbst mit einem Vollzeitjob schwer, Vermögen aufzubauen. Denn Mieten, Lebensmittel und Energie werden teurer. Dadurch bleibt wenig Geld übrig.

Wohlstand hängt also heute vor allem davon ab, ob jemand schon Vermögen hat. Das Einkommen aus Arbeit ist dafür nicht mehr das Wichtigste.

Vermögen wird niedriger besteuert als Arbeit

Gleichzeitig setzt unser Steuersystem falsche Anreize. Denn Arbeit und Vermögen werden sehr unterschiedlich besteuert.

Arbeit wird hoch besteuert:

- Je mehr man verdient, desto höher ist der Steuersatz. Das nennt man progressiv.
- Der Steuersatz liegt bei bis zu 45 Prozent.
- Dazu kommen die Sozialabgaben. Das sind die Beiträge für Rente, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

Vermögen wird niedriger besteuert:

• Kapital, also angelegtes Geld, kann in sogenannten Holdings wachsen. Eine Holding ist eine Firma, der vor allem Anteile an anderen Firmen gehören. Dort wird das Kapital deutlich niedriger besteuert.

• Nach vielen Jahren zahlt die Holding Geld an die Menschen aus, denen sie gehört. Dann fällt nur die Abgeltungssteuer an, also die Steuer auf Kapitalerträge. Ihr Satz ist pauschal 25 Prozent – für alle gleich, egal wie hoch das Einkommen ist.

• Dabei sind diese Erträge meist so hoch, dass für Lohn in gleicher Höhe ein höherer Steuersatz gelten würde.

• Wer ein Haus oder eine Wohnung länger als 10 Jahre besitzt und dann privat verkauft, zahlt keine Steuer auf den Gewinn.

• Große Vermögen bekommen bei der Erbschaftsteuer besondere Vorteile.

Auch bei den Steuereinnahmen zeigt sich das:

• Fast die Hälfte aller Steuereinnahmen kommt aus der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer. Die Lohnsteuer wird direkt vom Lohn abgezogen. Die Mehrwertsteuer steckt in den Preisen beim Einkaufen.

• Die Erbschaftsteuer bringt nur 1 Prozent der Steuereinnahmen.

• Eine Vermögenssteuer gibt es seit 1997 nicht mehr. Das war eine Steuer, die man jedes Jahr auf das eigene Vermögen zahlen musste.

Diese Schieflage gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft und gerechte Chancen für alle. Sie gefährdet auch das Vertrauen in ein wichtiges Versprechen: Wer etwas leistet, kann etwas erreichen.

Die Schieflage steckt im System selbst: Arbeit wird belastet, Reichtum wird geschont.

Dass sich immer mehr Vermögen bei wenigen sammelt, ist kein Zufall. Es liegt auch an politischen Entscheidungen. Reiche Menschen und Unternehmen nehmen gezielt Einfluss auf Gesetze und Behörden und setzen so ihre Interessen durch.

Die Zivilgesellschaft hat dagegen viel kleinere Organisationen, die ihre Interessen vertreten. Zur Zivilgesellschaft gehören zum Beispiel Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen.

Unsere Forderungen

Es ist Zeit, die Richtung zu ändern. Dazu gehören viele Bereiche: vom Mietrecht über den Schutz von Verbraucher*innen bis zur Aufsicht über Banken und Finanzmärkte.

In diesem Antrag geht es um Vorschläge für zwei Ziele:

1. Vom Lohn soll mehr übrig bleiben. Gemeint ist das Netto-Einkommen aus Arbeit, also das Geld nach Abzug von Steuern und Abgaben.

2. Der Staat soll seine Leistungen zu einem größeren Teil mit Steuern auf Vermögen bezahlen.

Wer ein hohes Vermögen hat, soll einen angemessenen Beitrag leisten.

So stärken wir die Kaufkraft der Mitte: Menschen mit mittlerem Einkommen können sich mehr leisten. Wir schaffen echte Chancen, aufzusteigen. Und wir sichern die Zukunft einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, in der Menschen füreinander einstehen.

Teil 1: Arbeit entlasten

Wer arbeitet, soll davon gut leben können. Im Moment geht aber ein spürbarer Teil des Bruttolohns – also des Lohns vor allen Abzügen – für Steuern und Abgaben weg. Das trifft besonders Menschen mit mittlerem Einkommen.

Gleichzeitig belastet die Mehrwertsteuer Haushalte mit wenig Einkommen besonders stark. Denn sie geben einen größeren Teil ihres Einkommens für Einkäufe aus.

Wir schlagen mehrere Maßnahmen vor. Zusammen könnten sie die Menschen um 10 bis mehrere hundert Milliarden Euro pro Jahr entlasten.

Einkommensteuer und Sozialbeiträge deutlich senken

Bei der Einkommensteuer gibt es feste Grenzwerte. Sie legen fest, ab welchem Einkommen man Steuern zahlt und ab wann höhere Steuersätze gelten. Diese Grenzwerte heißen Tarifeckwerte.

Die Bundesregierung hat die Tarifeckwerte zuletzt 2026 um 2 Prozent angehoben. Damit sollten die gestiegenen Preise ausgeglichen werden. Das nennt man Inflationsausgleich.

Wir schlagen vor, diesen Schritt viel größer zu denken:

• Der Grundfreibetrag wird angehoben. Das ist der Teil des Einkommens, auf den man keine Einkommensteuer zahlt.

• Gleichzeitig steigen die Steuersätze für höhere Einkommen.

So könnten Beschäftigte mit kleinem und mittlerem Einkommen spürbar weniger Steuern zahlen.

Manche Beschäftigte haben aber nichts von niedrigeren Steuern. Denn ihr Einkommen liegt unter dem Grundfreibetrag – sie zahlen also schon jetzt keine Einkommensteuer.

Deshalb sollen gleichzeitig die Sozialabgaben um rund 2 Prozentpunkte sinken, vor allem die Beiträge zur Krankenkasse. So werden auch diese Menschen spürbar entlastet. Ein Beispiel für 2 Prozentpunkte: Ein Beitrag sinkt von 20 auf 18 Prozent.

Wir unterstützen ausdrücklich auch Maßnahmen, die gezielt Alleinerziehende und Familien stärken.

Vermögensaufbau fördern

Wer arbeitet, muss die Chance haben, Vermögen aufzubauen. Doch fast die Hälfte der Bürger*innen hat nicht einmal 2.000 Euro gespart. Große Vermögen wachsen dagegen ständig weiter.

Ein Grund dafür ist auch die Vermögenspreisinflation. Das heißt: Die Preise für Vermögenswerte wie Immobilien und Aktien steigen. Davon profitieren die Menschen, die schon Vermögen besitzen – der größte Teil der Bevölkerung kann daran kaum teilhaben.

Produktivvermögen ist Vermögen, mit dem etwas hergestellt oder erwirtschaftet wird, zum Beispiel Unternehmen. Wenn Menschen direkt daran beteiligt sind, kann das diesen Effekt wirksam begrenzen.

Wir fordern deshalb einen öffentlichen Bürgerfonds. Ein Fonds sammelt Geld und legt es an, zum Beispiel in Anteilen an vielen Unternehmen. Über den Bürgerfonds sollen alle Bürger*innen einfach an den Erträgen des Produktivvermögens teilhaben können.

Manche Bürger*innen können kaum oder gar nichts sparen. Sie sollen trotzdem Anteile am Fonds bekommen, bezahlt aus Steuern.

Außerdem wollen wir zwei bestehende Förderungen deutlich erhöhen:

• die Arbeitnehmer-Sparzulage: Das ist ein Zuschuss vom Staat. Ihn bekommen Beschäftigte bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze, wenn sie mit bestimmten Verträgen sparen.

• den Sparerpauschbetrag: Bis zu diesem Betrag bleiben Zinsen und andere Kapitalerträge steuerfrei.

So fördern wir gezielt, dass Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen Vermögen aufbauen. Zudem wollen wir es leichter machen, eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen, um selbst darin zu wohnen.

Teil 2: Reichtum verpflichten

Im zweiten Teil der Forderungen geht es darum, Vermögen gerechter zu besteuern. Vermögen und Arbeit sollen bei den Steuern gleicher behandelt werden.

Die Reform hat drei Säulen:

1. Die Hauptsäule sind Steuern auf Vermögen, zum Beispiel auf sehr große Vermögen und auf Erbschaften.

2. Dazu kommt eine Reform der Kapitalertragsteuer. Das ist die Steuer auf Erträge aus Geldanlagen.

3. Abgesichert wird das durch eine stärkere Finanzverwaltung, zum Beispiel die Finanzämter. Und Steuerkriminalität soll konsequenter verfolgt werden.

Die Zucman-Steuer

Menschen, die nur von ihrem Lohn leben, zahlen tatsächlich bis zu 50 Prozent ihres Einkommens als Steuern und Abgaben. Milliardäre zahlen im Durchschnitt nur rund 25 Prozent.

Der Grund: Ihr Vermögen wächst in Holdings und wird dort kaum besteuert. Ausgezahlt wird nur gezielt ein Teil – und der wird niedrig besteuert.

Inzwischen gibt es sogar den ersten Billionär der Welt. Ein Billionär besitzt mindestens 1.000 Milliarden, also 1.000-mal so viel wie 1 Milliarde. So große Vermögen bedeuten auch viel Macht in wenigen Händen – das schadet einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt sein sollen.

Außerdem tragen Vermögende im Vergleich zu wenig zu den Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge bei. Damit ist gemeint, was der Staat und die Gemeinden für alle bereitstellen: zum Beispiel Wasser, Energie, Bus und Bahn, Schulen und Krankenhäuser.

Als Antwort schlagen wir eine weltweite Mindeststeuer auf sehr große Vermögen vor. Sie orientiert sich an einem Vorschlag des Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman, den er im Auftrag der G20 gemacht hat. Die G20 ist ein Zusammenschluss großer Wirtschaftsmächte der Welt.

Das Prinzip ist einfach:

- Ab einem bestimmten Netto-Vermögen zahlt man jedes Jahr einen bestimmten Prozentsatz davon als Steuer. Netto-Vermögen ist das Vermögen nach Abzug aller Schulden.
- Es ist egal, in welcher Form das Vermögen vorliegt. Es gibt keine Ausnahmen für Immobilien oder Firmenvermögen.
- Steuern, die jemand schon tatsächlich zahlt, werden angerechnet. Das heißt: Sie werden von der neuen Steuer abgezogen.
- Vermögen bis zu einer sehr hohen Grenze bleibt steuerfrei. Diese Grenze heißt Freibetrag. Weil sie so hoch ist, wären in Deutschland nur rund 5.000 Menschen betroffen.
- Die Steuer ist an die Staatsbürgerschaft gebunden. Sie muss also auch gezahlt werden, wenn jemand ganz ins Ausland zieht. Eine ähnliche Regel gibt es schon heute im Außensteuergesetz, einem Gesetz für Steuerfragen mit Bezug zum Ausland.

Der ursprüngliche internationale Vorschlag sieht 2 Prozent pro Jahr vor, ab einem Vermögen von 100 Millionen Euro. Dabei wird aber kaum beachtet, wie stark sehr große Vermögen jedes Jahr wachsen: im Durchschnitt um rund 7 Prozent. Eine Steuer von 2 Prozent bremst diesen Anstieg kaum.

Ein Beispiel: Ein Vermögen wächst in einem Jahr um 7 Prozent. Nach 2 Prozent Steuer wächst es immer noch um etwa 5 Prozent.

Wir schlagen deshalb einen Satz von 5 Prozent auf sehr große Vermögen vor. Die Steuer soll so aufgebaut sein:

Vermögen Steuer pro Jahr

keine unter 20 Millionen Euro

20 bis 100 Millionen Euro beginnt bei 0,5 Prozent und steigt nach und nach an

ab 100 Millionen Euro 5 Prozent

Nach Schätzungen würde allein der Satz von 5 Prozent auf Vermögen ab 100 Millionen Euro in Deutschland rund 43 bis 56 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

Die Erbschaftsteuer reformieren

Es gibt bereits einen Vorschlag für eine Reform der Erbschaftsteuer. Diese Reform schließt mehrere Gerechtigkeitslücken, also Lücken im Gesetz, die zu ungerechten Ergebnissen führen.

Sie konzentriert sich auf große Erbschaften. Dadurch müssen insgesamt weniger Menschen Erbschaftsteuer zahlen.

Zusätzliche Einnahmen könnte vor allem ein progressiver Steuersatz bringen. Das heißt: Je größer das Erbe, desto höher der Steuersatz.

Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

Wir fordern: Kapitalerträge sollen vollständig zur Einkommensteuer gehören. Die pauschale Abgeltungssteuer von 25 Prozent soll dafür abgeschafft werden.

Zinsen, Dividenden und realisierte Kursgewinne sollen dann mit dem persönlichen Steuersatz besteuert werden, genau wie Lohn. Dieser Satz ist progressiv: Wer insgesamt mehr Einkommen hat, zahlt einen höheren Satz.

• Dividenden sind Gewinne, die ein Unternehmen an alle auszahlt, die seine Aktien besitzen.

• Realisierte Kursgewinne entstehen zum Beispiel, wenn man eine Aktie teurer verkauft, als man sie gekauft hat.

Auf ausgezahlte Gewinne hat das Unternehmen vorher schon Steuern gezahlt. Das wird mit dem sogenannten Teileinkünfteverfahren berücksichtigt: Dabei wird nur ein Teil dieser Gewinne besteuert.

Das ist inzwischen umsetzbar, weil Banken Kapitalerträge automatisch melden.

Steuervermeidung begrenzen, Steuerkriminalität bekämpfen

Eine gerechte Steuerreform bleibt ohne Wirkung, wenn große Vermögen und Konzerne ihre Steuern weiter gezielt umgehen können. Deshalb gehören zwei Dinge zusammen: höhere Steuern auf große Vermögen und ein konsequenterer Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerkriminalität.

• Steuervermeidung heißt: Man nutzt Lücken in den Gesetzen, um weniger Steuern zu zahlen.

• Steuerkriminalität heißt: Man bricht Gesetze, um keine oder weniger Steuern zu zahlen, zum Beispiel durch Steuerhinterziehung.

Nach Schätzungen verliert der Staat jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe. Die Gründe sind aggressive Steuervermeidung, Gewinnverschiebung und organisierte Finanzkriminalität. Gewinnverschiebung heißt: Konzerne verschieben ihre Gewinne in Länder mit niedrigen Steuern.

Das schadet auch dem Vertrauen in ein faires Steuersystem. Denn Löhne werden genau erfasst und besteuert. Große internationale Vermögen und Konzerne haben dagegen viele Möglichkeiten, ihre Steuern künstlich zu senken.

Wie sich diese Lücken schließen lassen, steht schon ausführlich in einem Beschluss der BDK und in einem Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag. Die BDK (Bundesdelegiertenkonferenz) ist der Bundesparteitag der Grünen.

Konkret fordern wir: Große Digitalkonzerne sollen ihre Steuern nicht mehr so leicht durch Steuergestaltung senken können. Steuergestaltung heißt: Ein Konzern baut seine Geschäfte so auf, dass er möglichst wenig Steuern zahlt. Das entspricht dem Antrag der Grünen-Fraktion im Bundestag für eine europäische Digitalsteuer.